

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



**Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!**

In der Ampelkoalition bleibt es turbulent. Man wirft sich vor laufenden Kameras Wortbruch und Arbeitsverweigerung vor, stellt Ultimaten. Rot-Grün-Gelb ist mittlerweile so zerstritten, dass Bundesfinanzminister Christian Lindner nicht einmal mehr einen verlässlichen Terminplan für den Kabinettsbeschluss zum Etatentwurf 2024 nennen kann. Die Hoffnung, die Konflikte durch wachsende Steuereinnahmen mit Geld zukleistern zu können, ist zerstoßen. Die Einnahmeerwartungen des Bundes sinken. Lindners schwammige Formulierungen und Signale aus der Ampel lassen zusätzliche Belastungen für Bürgerinnen und Bürger befürchten.

Nach dem Rauswurf seines Staatssekretär Patrick Graichen ist Wirtschaftsminister Habeck noch lange nicht aus dem Schneider: Nun ist sein nächster Staatssekretär im Zwielflicht. Udo Philipp soll maßgeblich an der Berufung eines Fondsmanagers in ein Start-up-Beratungsgremium des Ressorts beteiligt gewesen sein. Das Problem: Philipp hält nicht nur Anteile an Start-ups, sondern auch Anteile an der

Fondsgesellschaft des Beraters. Minister und Staatssekretär sehen – noch - alles bestens geregelt.

Auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser wird von einer Personalie eingeholt, der Ablösung Arne Schönbohms als Chef des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Sie nutzte Behauptungen der von Jan Böhmermann moderierten ZDF-Satiresendung „Magazin Royale“ über angebliche Kontakte Schönbohms zu russischen Geheimdiensten, um Schönbohm von seinem Posten zu jagen. Inzwischen ist klar: die Anschuldigungen waren falsch. Zu einer öffentlichen Rehabilitierung Schönbohms mag sich Faeser nicht durchringen. Sie tourt lieber wahlkämpfend als SPD-Spitzenkandidatin durch Hessen. Und Böhmermann moderiert weiter.

Deutschlands Wirtschaft ist derweil in eine Rezession gerutscht, wie Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen. Die vor rund einem Monat von Habeck verkündete Wachstumsverdopplung entlarvt sich als Märchen. Auch keine guten Aussichten für den Sommer: Die Verbraucher sind verunsichert, der Optimismus der Firmen schrumpft.

Ihnen einen schönen Start ins Wochenende und viel Freude beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm

Nach Heizungsverbot kommt Energieverbrauchsschnüffelei



Der Streit um das Heizungsverbotsgesetz hält an. SPD und Grüne drängen auf eine abschließende Entscheidung des Bundestages über das Gesetz noch vor der parlamentarischen Sommerpause. Die FDP fordert nach dem Rauswurf von Wirtschaftsstaatssekretär Graichen eine grundsätzliche Überarbeitung, sprach von mehr als 100 offenen Fragen. Die erste Beratung des Gesetzes im Bundestag musste deshalb in dieser Woche abgesetzt werden. Es dauerte bei der FDP aber nur zwei Tage, dann war alles gar nicht mehr so gemeint und angeblich doch geklärt. Nun soll das Gesetz möglichst doch noch bis Anfang Juli beschlossen werden.

Unklar bleibt weiter die Austausch-Förderung für alte Heizungen. Den Eigentümern der meisten Wohnungen und Häuser fehlt dafür schlicht das Geld. Die hohen Umrüstkosten können sich nur die großen Wohnungsbaugesellschaften leisten. Das Versprechen, die Umrüstung der Heizungsanlagen zu subventionieren, erweist sich bislang als hohl. So steigt die Verunsicherung im Land.

Habeck setzt unterdessen nach Graichen-Vetterwirtschaft und Heizungshammer noch

eins obendrauf - statt Einsicht zu zeigen: ein Energieverbrauchsschnüffelgesetz. Kommunen sollen den Energieverbrauch jedes Haushalts dokumentieren, Heizungskeller ausforschen und Dämmdaten von Häusern sammeln. Die Daten würden benötigt, um Wärmepläne zu entwerfen, lautet die Begründung der Bundesregierung.



Sebastian Brehm: „Die Datensammlung ist ein völlig unnötiges Bürokratiemonster. Die Energieversorger verfügen über genügend eigene Daten

für die Erstellung ihrer Netzentwicklungspläne. So bleibt völlig unklar, wofür die Daten tatsächlich gesammelt werden sollen. Habeck und die Grünen, sonst immer auf Datenschutz aus, haben jedes Maß verloren. Es ist höchste Zeit, dass Bundeskanzler Scholz das Treiben von „Big Brother“ Habeck stoppt.

Und das Heizungsverbotsgesetz muss zurück in die Werkstatt. Wir brauchen ein handwerklich ordentliches Gesetz, das für Eigentümer wie Mieter und Handwerksbetriebe leistbar und machbar ist. Nötig sind Technologieoffenheit, um die Potentiale aller klimafreundlicher Heizlösungen zu nutzen, und eine umfassende langfristig verlässliche und finanzierbare Austauschförderung für alte Erdgas- und Ölheizungen. Wohnen und Bauen dürfen nicht noch teurer werden. Die Alternativen der Union liegen auf dem Tisch.“

Ampel gegen schnelleren Brückenbau

Die Ampelkoalition redet zwar ständig von der Beschleunigung von Planungs- und

Genehmigungsverfahren. Wenn es zum Schwur kommt, aber bleibt von den Ankündigungen nichts übrig. In dieser Woche blockierte Rot-Grün-Gelb im Bundestag gemeinsam mit der Linken den Gesetzentwurf von CDU und CSU zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für Brücken von Bundesfernstraßen.



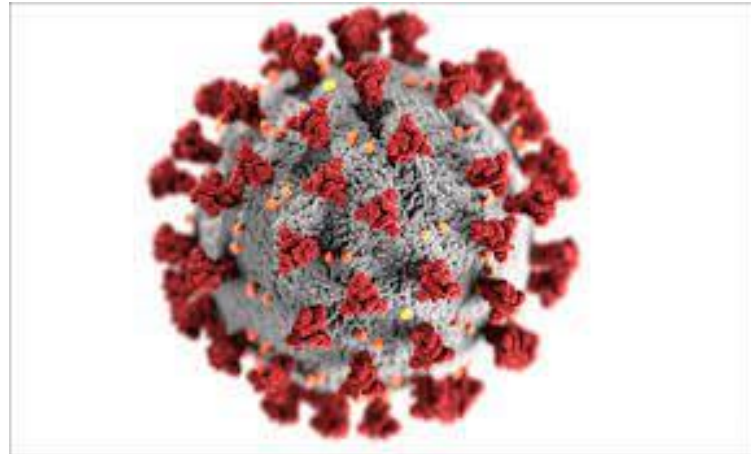
Der Gesetzentwurf sah eine vergleichbare Regelung vor, wie die sie die Koalition bereits zur Verfahrensbeschleunigung bei der Errichtung vom Flüssiggasterminals durchgesetzt hat. Danach sollte bei Ersatzbauten für marode Brücken insbesondere die bislang noch erforderliche Planfeststellung entfallen. Gelten sollte dies auch für um bis zu zwei Fahrsteifen erweiterte Ersatzbauten.



Sebastian Brehm: „In den nächsten Jahren wird der Sanierungsbedarf bei Autobahnbrücken deutlich zunehmen. Viele Brücken

müssen voraussichtlich durch Neubauten ersetzt werden. Der Verzicht auf ein neues Planfeststellungsverfahren für den Ersatzbau würde nicht nur die Sanierung beschleunigen, sondern auch die Belastung der Bürger an den Umleitungstrecken durch Lärm und Abgase senken. Die Ampel aber misst wieder einmal mit zweierlei Maß: Vorfahrt gibt es nur für ihre Lieblingsprojekte. Bürgerbelange zählen nicht.“

Mehr Hilfe für Patienten mit Long Covid-Erkrankung



CDU und CSU haben jetzt im Bundestag einen Vorstoß für einen besseren Zugang zu medizinischer und sozialer Versorgung für Menschen mit Long- und Post-Covid sowie Post-Vac-Syndrom unternommen. Vorgesehen sind unter anderem die Einführung einer Chronikerpauschale und die vereinfachte Anerkennung als Berufskrankheit bei Renten- und Pflegeanträgen oder von Versorgungsleistungen wegen eines Impfschadens.

Hinzukommen soll der Aufbau einer zentralen Koordinierungsstelle, um eine flächendeckende Versorgung der Patienten zu ermöglichen. Ein Netzwerk von Kompetenzzentren und interdisziplinären Ambulanzen soll bereits bestehende Strukturen ergänzen.



Sebastian Brehm: „Mehr als drei Jahre nach Beginn der Corona-Pandemie leiden immer noch zahlreiche Menschen in Deutschland an den direkten und

indirekten Folgen der Erkrankung. Fünf bis zehn Prozent aller an COVID-19 Erkrankten klagen über anhaltende gesundheitliche Beschwerden.“

23. Mai zum Gedenktag erklären



Am 23. Mai 1949 wurde unser Grundgesetz verkündet. Es war die Geburtsstunde der Bundesrepublik. Gut 40 Jahre später wurde das Grundgesetz auch die Verfassung des vereinten Deutschlands. CDU und CSU wollen diesen „Tag des Grundgesetzes“ zu einem nationalen Gedenktag aufwerten. Ein entsprechenden Antrag wurde in dieser Woche in den Bundestag eingebracht.



Sebastian Brehm: „Das Grundgesetz ist nicht nur das Fundament unseres demokratischen Gemeinwesens. Es spiegelt

auch unsere gemeinsamen Werte. Ein nationaler Gedenktag sollte uns regelmäßig an diese gemeinsame Grundlage erinnern.“

Zum Sommerfest in der Adolf-Reichwein-Schule



Gerne habe ich jetzt das Sommerfest der Adolf-Reichwein-Schule im Nürnberger Norden besucht. Private Schulen mit ihren individuellen Konzepten gehören ebenso in unsere Bildungslandschaft wie staatliche Schulen. Deshalb müssen wir als Politik auch die privaten Schulen bei den anstehenden Herausforderungen unterstützen. Ich danke für das große Engagement. Es war zu spüren, dass die Schulfamilie, dass Eltern, Schüler und Lehrer hier eng zusammenhalten.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.